

08.08.2019

Kleine Anfrage 2843

der Abgeordneten Dietmar Bell, Stefan Kämmerling, Josef Neumann und Frank Sundermann
SPD

Aus Entfesselung wird Rechtsunsicherheit für Kommunen

Im Kölner Stadt-Anzeiger vom 31.07.2019 äußert Minister Pinkwart, dass *„die Zahl der verkaufsoffenen Sonntage steige, die Zahl der Klagen sinke“*.

Im gleichen Bericht beschreibt dahingegen der Handelsverband Nordrhein-Westfalen, dass es eine Verunsicherung bei den NRW-Kommunen im Bereich der Sonntagsöffnung gebe. Gleichzeitig *„müsse die Landesregierung nachbessern“*.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Zahl der gerichtlichen Verfahren zu verkaufsoffenen Sonntagen seit 2016 entwickelt? (bitte nach Jahr und Hauptsacheverfahren/einstweiligem Rechtsschutz aufschlüsseln)
2. Wie viele Verfahren davon sind für die Kommunen verloren gegangen? (bitte nach Jahr und Hauptsacheverfahren/einstweiligem Rechtsschutz aufschlüsseln)
3. Wie bewertet die Landesregierung die Aussage des Handelsverbandes, wonach die Landesregierung nachbessern müsse?
4. Was beabsichtigt die Landesregierung zu unternehmen, um den NRW-Kommunen mehr Rechtssicherheit zu geben?
5. Wie hat sich die Zahl der verkaufsoffenen Sonntage seit 2016 entwickelt? (bitte nach Jahren aufschlüsseln)

Dietmar Bell
Stefan Kämmerling
Josef Neumann
Frank Sundermann

Datum des Originals: 06.08.2019/Ausgegeben: 08.08.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de